



BKF

**Berufsverband der kommunalen Finanzverwaltungen
in Baden-Württemberg e.V.**

Kreisverband Karlsruhe
kontakt@bkfkarlsruhe.de

1. Vorsitzender

Niklas Dickemann
www.bkf-karlsruhe.de

07.05.2025

An alle im Landkreis Karlsruhe tätigen Mitglieder des Bundestags,
Mitglieder des Landtags, Mitglieder des Kreistags, Gemeinderäte,
Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterinnen,
Bürgermeister und Bürgermeisterinnen.

Offener Brief zur dramatischen Finanzlage der Kommunen im Landkreis Karlsruhe

Sehr geehrte Damen und Herren,

die finanzielle Lage unserer Städte und Gemeinden im Landkreis Karlsruhe hat einen kritischen Punkt erreicht. Eine seriöse Haushaltsführung ist kaum noch möglich. Trotz größter Anstrengungen zur Konsolidierung stehen zahlreiche Kommunen vor nicht genehmigungsfähigen Haushalten. Die strukturelle Unterfinanzierung zeigt sich in explodierenden Umlagebelastungen, sinkenden Netto-Zuweisungen und einer ungebremsten Ausweitung kommunaler Aufgaben.

Als verantwortliche Finanzverwalter der Städte und Gemeinden müssen wir darauf hinweisen, dass sich die Situation dramatisch zuspitzt. Wir fordern daher die politischen Entscheidungsträger im Landkreis, im Land und im Bund auf, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern.



1. Die finanzielle Schieflage der Kommunen

1.1. Die Kreisumlage – Ein System am Limit

Die Erhöhung der Kreisumlage im Landkreis Karlsruhe auf voraussichtlich künftig 38 v.H. ist für viele Städte und Gemeinden eine existenzielle Belastung. Die Kommunen stabilisieren damit den Kreishaushalt, doch diese Entwicklung ist nicht nachhaltig.

Als BKF-Kreisverband Karlsruhe stehen wir an der Seite der Kreiskämmerei und erkennen die Finanznot des Landkreises Karlsruhe an. Ohne einen funktionierenden Landkreis wäre die Aufgabenlast der Kommunen erdrückend. Dennoch bedeutet jede Erhöhung der Kreisumlage eine direkte Verschlechterung der kommunalen Haushalte. Bereits jetzt führt die gestiegene Umlage zu massiven Defiziten, die weder durch Steuererhöhungen noch durch Einsparungen ausgeglichen werden können.

1.2. Liquiditätsdefizite und Kassenkredite – Der stille Finanzkollaps

Viele Kommunen im Landkreis müssen inzwischen alarmierende Kassenkreditstände aufweisen, um ihre laufenden Verpflichtungen zu erfüllen. Diese ursprünglich für kurzfristige Engpässe gedachten Kredite sind zum festen Bestandteil der Finanzplanung geworden – ein Zustand, der in der Privatwirtschaft einer Insolvenz gleichkäme.

Die aktuelle Handreichung des Innenministeriums erklärt das Jahr 2025 zum „Sonderjahr“ und ermöglicht damit die Genehmigung von Haushalten, die nach den bisherigen Maßstäben als nicht genehmigungsfähig gelten würden. Dies geschieht, obwohl in vielen Fällen keinerlei Aussicht auf eine Verbesserung der finanziellen Lage in den Folgejahren besteht. Diese Praxis ignoriert das Prinzip der nachhaltigen Haushaltsführung und verdeutlicht, dass Kommunen inzwischen auf Sicht fahren. Gleichzeitig zeigt sie, wie stark der Handlungsspielraum der Genehmigungsbehörden bereits eingeschränkt ist – eine strikte Anwendung der gesetzlichen Vorgaben würde in zahlreichen Kommunen faktisch zu einem finanziellen Stillstand führen.

1.3. Sparmaßnahmen – aber wo?

Kommunen wird häufig nahegelegt, durch Einsparungen ihre Haushalte auszugleichen. Doch die rechtlichen Instrumente zur Haushaltskonsolidierung – etwa globale Minderausgaben oder pauschale Kürzungen – greifen kaum, insbesondere bei



Pflichtaufgaben. Diese machen den Großteil der kommunalen Haushalte aus und lassen sich nicht einfach reduzieren.

Die verbleibenden freiwilligen Aufgaben – etwa Kultur, Musikschulen, Büchereien oder Sporteinrichtungen – machen in vielen Kommunen nur rund 5 % des Haushalts aus. Selbst eine vollständige Streichung dieser Angebote würde die Defizite nicht ausgleichen und wäre kurzfristig kaum umsetzbar, da Infrastruktur und Personal bestehen bleiben.

Auch die Veräußerung kommunalen Vermögens ist kein realistisches Mittel zur Haushaltsstabilisierung. Immobilien in kleineren Ortsteilen oder marode Schulgebäude finden kaum Käufer. Selbst wirtschaftlich sinnvolle Flächenverkäufe stoßen auf hohe politische Hürden und sind keine flächendeckende Lösung.

Die Kommunen haben ihre Möglichkeiten zur Haushaltskonsolidierung längst ausgeschöpft – es fehlt an strukturellen Lösungen auf Landes- und Bundesebene.

2. Forderungen an Bund und Land

2.1. Eine ehrliche Debatte über die Finanzierung der Kommunen

Die finanzielle Lage der Kommunen wird in der aktuellen politischen Debatte völlig ignoriert. Während Milliardenpakete für andere politische Prioritäten geschnürt werden, werden die Kommunen mit Kleinbeträgen bedacht. Die strukturelle Unterfinanzierung muss endlich auf Bundes- und Landesebene thematisiert werden. Es reicht nicht, nur über einzelne Zuschüsse oder Projektförderungen zu sprechen – wir brauchen eine grundlegende Reform der Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Kommunen halten sich seit jeher an die Prinzipien der Schuldenbremse. Langfristige Darlehen dürfen nur für Investitionen aufgenommen werden, während die laufenden Ausgaben durch die eigenen Erträge gedeckt werden müssen. Die Möglichkeit, unbegrenzt Sondervermögen aus dem Haushalt auszugliedern, besteht für Kommunen nicht in dem Ausmaß, wie es der Bund derzeit betreibt. Eine ernsthafte Debatte über eine gerechte Finanzverteilung muss diese Unterschiede berücksichtigen.

2.2. Das Infrastruktur-Sondervermögen allein ist keine Lösung

Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Bund zur Bewältigung dringender Herausforderungen ein Sondervermögen beschlossen hat, woran die Kommunen



möglicherweise teilhaben könnten. Doch dieses Sondervermögen allein wird die Finanzsituation der Kommunen nicht grundlegend verbessern. Warum?

1. **Fokus auf Investitionen statt laufender Ausgaben:**
 - Das Sondervermögen finanziert vorrangig Infrastrukturmaßnahmen, während Kommunen insbesondere mit steigenden Sozialausgaben, Personalkosten und Betriebskosten für bestehende Infrastruktur kämpfen.
2. **Fehlende strukturelle Reform der Kommunalfinanzen:**
 - Die Kommunen benötigen eine gerechtere Verteilung der Finanzmittel. Das Sondervermögen hilft punktuell, ändert aber nichts an der strukturellen Unterfinanzierung und der Abhängigkeit von konjunkturbedingten Steuereinbrüchen.
3. **Bürokratische Hürden bei Förderungen:**
 - Komplizierte Antragsverfahren und Eigenanteile machen es insbesondere finanzschwachen Kommunen schwer, von den Geldern zu profitieren.
4. **Gefahr der Verdrängung bestehender Mittel:**
 - In der Vergangenheit wurden Bundesmittel oft genutzt, um Landesmittel zu kürzen oder umzuschichten, sodass keine echte Entlastung für Kommunen entsteht.

Deshalb fordern wir: Ein Sondervermögen kann nur eine ergänzende Maßnahme sein. Es braucht eine grundlegende Reform des Finanzausgleichs, eine verlässlichere Einnahmenstruktur und eine faire Kostenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

2.3. Reform der kommunalen Umlagen

Die Systematik der Umlagen ist nicht mehr tragfähig. Wenn Landkreise ihre Haushalte nur noch durch massive Umlageerhöhungen retten können, bedeutet dies eine schleichende Insolvenz der Gemeinden. Es braucht neue Mechanismen, um die Finanzierung der Landkreise zu gewährleisten, ohne dass diese ausschließlich über die Kommunen erfolgt.

2.4. Ein Ende der Aufgabenverlagerung ohne Gegenfinanzierung

Die Kommunen werden immer stärker mit neuen Aufgaben belastet, ohne dass ihnen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere im Sozial- und Erziehungsbereich explodieren die Kosten, während Bund und Länder weiter neue Gesetze erlassen, die die Kommunen aus eigener Tasche finanzieren müssen. Diese



Praxis muss aufhören. Jede neue Aufgabe für die Kommunen muss vollständig gegenfinanziert werden.

2.5. Die Finanzierung des Personals sicherstellen

Ein gutes Tarifiergebnis für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist essenziell, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit unserer Verwaltungen zu sichern – das unterstützt der BKF ausdrücklich. Gleichzeitig wachsen die Personalkosten für die Kommunen durch steigende Löhne und eine stetig wachsende Aufgabenlast zu einem der größten finanziellen Risikofaktoren heran. Wenn Bund und Länder den öffentlichen Dienst stärken wollen, müssen sie auch die kommunalen Haushalte in die Lage versetzen, diese Kosten dauerhaft zu tragen.

3. Verantwortung der Kommunalpolitik

Trotz finanzieller Schieflage werden in vielen Kommunen weiterhin Beschlüsse gefasst, die über das wirtschaftlich Vertretbare hinausgehen. Während bei den Haushaltsberatungen oft der Wille zur Konsolidierung betont wird, geraten Sparmaßnahmen im Laufe des Jahres vielfach in Vergessenheit:

- Vorgeschlagene Gebührenerhöhungen werden politisch nicht mitgetragen,
- "Liebgewonnenes" soll trotz finanzieller Unvernunft erhalten bleiben,
- Investitionen bei Um- und Neubauten werden über den notwendigen Standard hinaus beschlossen.

Es darf nicht sein, dass das Versagen der übergeordneten Ebenen als Ausrede genutzt wird, um weiterhin unwirtschaftliche Kommunalpolitik zu betreiben. Auch auf kommunaler Ebene müssen Entscheidungen kritisch hinterfragt und finanzielle Vernunft bewahrt werden. Eine selbstkritische Haushaltsführung bleibt essenziell – nur so können Kommunen ihren Beitrag zur finanziellen Konsolidierung leisten.

4. Vorschläge zur Entlastung der Kommunen

Neben einer bedarfsgerechten Finanzverteilung schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- Anpassung des Finanzausgleichs zugunsten der Kommunen, um eine stabilere und planbare Einnahmenstruktur zu schaffen, sowie eine Kompensation von Steuermindereinnahmen durch erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten in Unternehmen.



- Vereinfachung der Förderprogramme, sodass Kommunen weniger bürokratische Hürden bei der Mittelbeantragung überwinden müssen.
- Stärkere Beteiligung des Bundes an Sozialausgaben, um die kommunalen Haushalte zu entlasten.
- Prüfung struktureller Reformen zur Effizienzsteigerung, insbesondere durch verstärkte interkommunale Zusammenarbeit und eine optimierte Aufgabenverteilung zwischen den Verwaltungsebenen

5. Appell

Die Städte und Gemeinden im Landkreis Karlsruhe sind mit ihrem Latein am Ende. Die derzeitige Entwicklung ist nicht mehr tragfähig. Doch verglichen mit anderen Regionen und Landkreisen Baden-Württembergs und Deutschlands befinden wir uns noch in einer vergleichsweise besseren Ausgangslage. Wenn hier bereits die finanziellen Reserven erschöpft sind, dann müssen wir davon ausgehen, dass die Lage in vielen anderen Kommunen längst außer Kontrolle geraten ist. **Wir sind nur die Spitze des Eisbergs!**

Wenn sich die Finanzlage weiter verschlechtert, werden viele Kommunen in den kommenden Jahren handlungsunfähig.

Wir appellieren daher an alle politischen Entscheidungsträger, unverzüglich eine grundlegende Reform der kommunalen Finanzierung einzuleiten. Andernfalls droht ein massiver Zusammenbruch der kommunalen Infrastruktur – mit allen Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger.

Nehmen Sie die Warnsignale aus der kommunalen Praxis ernst! Ohne eine stabile kommunale Finanzierung steht das gesamte Staatsgefüge auf dem Spiel. Wir fordern Sie auf, die Kommunen endlich in die Debatte über die künftige Finanzverteilung einzubeziehen – und erwarten Ihre Rückmeldung!

Mit freundlichen Grüßen

Berufsverband der kommunalen Finanzverwaltungen in Baden-Württemberg e.V.
Kreisverband Karlsruhe